

Im Rahmen der Reihe
GENIAL DAGEGEN

von und mit Robert Misik
lädt das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog zum Vortrag von

ERWIN BUCHINGER

Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz

"MEHR GERECHTIGKEIT. GEHT DAS?"

Dienstag | 25. September 2007 | 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog | Armbrustergasse 15 | 1190 Wien

Erwin Buchinger wurde als drittes von sieben Kindern 1955 in Mauthausen (OÖ) geboren. Nach der Matura im Bundesrealgymnasium in Rohrbach 1973 und dem Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft an der Johannes-Kepler-Universität in Linz wurde er 1981 zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert. Bis 1991 arbeitete er zehn Jahre als Jurist beim Landesarbeitsamt Oberösterreich. Danach wurde er zum Leiter des Landesarbeitsamtes Salzburg berufen. Seit damals war Erwin Buchinger im Bundesland Salzburg für die aktive Arbeitsmarktpolitik verantwortlich. Nach Gründung des Arbeitsmarktservice war er bis zu seinem Eintritt in die Landesregierung im April 2004 Landesgeschäftsführer des AMS Salzburg. Politisch engagiert war Erwin Buchinger in der Sozialistischen Jugend und bei den Sozialistischen Studenten sowie in diversen Gremien auf Bezirks- und Landesebene. Darüber hinaus führte er den Landesvorsitz im Wirtschaftsforum der Führungskräfte. Seit Jänner 2007 ist Erwin Buchinger Sozialminister der Republik Österreich.

„Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus“ - „Der Wohlfahrtsstaat ist unfinanzierbar“ - „Eine neue Unterklasse entsteht“ - „Alles ist nur mehr Kommerz“ - solche Diagnosen bestimmen den Diskurs in Medien, Politik, wissenschaftlicher Öffentlichkeit und auch die Alltagsgespräche. Aber leben wir deshalb schon in einer Krisenzeit - also auch in einem Verwandlungs-Zeitraum? Gibt es Konzepte, das brüchige Alte durch etwas Neues zu ersetzen – jenseits des neoliberalen Einheitsdenkens? Auf diese Fragen sollen Experten, Politiker und Aktivisten aus vielen Bereichen mit radikal unterschiedlichem Blickwinkel antworten – alles, was sie verbindet, ist die Originalität ihrer Perspektive und das Bestreben, neue Räume für emanzipatorisches Handeln zu eröffnen. (Robert Misik)

Die Veranstaltung - in Partnerschaft mit der Stadtzeitung *FALTER* - ist gefördert aus Mitteln der Republik Österreich und der Stadt Wien.

Rudolf Scholten

Ich muß den Kurator unserer Reihe entschuldigen, Robert Misik, der heute in Berlin ist. Aber, wie das bei solchen Gelegenheiten so schön heißt und auch bei ihm zutrifft, er wäre gerne hier. Wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, nachdem wir einmal Termenschwierigkeiten hatten, heute jemanden zu gewinnen für diese Reihe, der wie kaum jemand zu unserem Titel paßt. Ich heiße sehr herzlich willkommen Sozialminister Erwin Buchinger. Nachdem Robert Misik in Berlin ist, hat Max Koch übernommen, diesen Abend zu moderieren. Ich heiße ihn sehr herzlich willkommen und danke ihm, dass er eingesprungen ist. Ich habe ihn gefragt, wie ich ihn beschreiben soll, was seinen beruflichen Hintergrund betrifft, hat er gesagt, gar nicht. An das halte ich mich. Er ist jemand, der aufgrund seiner bisherigen beruflichen Erfahrungen, sowohl was jene betrifft, um die er sich gekümmert hat, als auch was ihn selbst betrifft, zu diesem Thema viel zu sagen hat.

Wir haben uns in dieser Reihe etwas vorgenommen, was heute in einer geradezu idealen Form auf der Bühne realisiert ist, nämlich es gibt eine Reihe von Mehrheitsthemen. Es ist jeder für Sicherheit, es ist jeder für Bildung, es ist jeder für friedliche Außenpolitik. Es gibt eine Reihe von auch Ministeriensthemen, die, wie ein früherer Kollege von mir gesagt hat, den Nick-Test bestehen,

nämlich, wenn jemand das erwähnt, sagt jeder ja, ja. Und es gibt aber zugleich auch Themen, die geradezu zeitgeistmäßig gegen den Strom schwimmen. Es ist heutzutage wohl nicht so leicht, Nick-Test geeignet zu sagen, ich kümmere mich um Benachteiligte. Es ist nicht so leicht zu sagen, ich kümmere mich um jene, die im zeitgeistigen Wettlauf den kürzeren gezogen haben. Es ist nicht so leicht zu sagen, dass Wachstum und Unternehmenserfolge großartig sind, aber die Schattenseiten dieser Entwicklungen uns genau so ein Anliegen und für die soziale Balance unserer Gesellschaft genau so entscheidend sind. Es ist jenseits üblicher Freundlichkeiten gegenüber einem Ehrengast, wenn ich sage, dass Erwin Buchinger in den mittlerweile neun Monaten seiner Amtszeit bewiesen hat, dass er mal mit Rückenwind, mal gegen den Wind, diese Themen sehr ernstgenommen hat und ernstnimmt, dass er sich als jemand versteht, der unabhängig von modischen Tagesentwicklungen dem Thema der Benachteiligung einen ganz zentralen Platz einräumt und sich dabei auch nicht irritieren lässt, wenn ihm gesagt wird, das ist jetzt nicht modern oder das ist nicht nützlich oder das widerspricht irgendwelchen politischen Vernunftsargumenten. Insofern danke ich dir nochmals sehr herzlich fürs Kommen und darf an Max Koch weiterreichen.

Was ich nicht vergessen darf zu sagen ist, dass wir diese Serie in Partnerschaft mit dem *Falter* durchführen, der dieser Tage Geburtstag. So gesehen bist du unser Geburtstagsgeschenk an den *Falter*.

Max Koch

Ich möchte Sie auch herzlich begrüßen. Mein Freund Robert Misik hat mich vor drei Tagen verzweifelt angerufen, er muss dringend auf eine Lesereise und hat mich gebeten, hier einzuspringen, was ich sehr gerne mache, besonders zu diesen Themen, die ja hochaktuell sind. Es freut mich besonders, dass ich Erwin Buchinger hier heute als Gast habe. Ich brauche ihn nicht besonders viel vorzustellen. Er wurde als drittes von sieben Kindern in Mauthausen geboren, was einem ja für das Leben was mitgibt, wenn man in Mauthausen geboren ist. Da muss man einfach reflektiert sein und auch kritisch sein und mit der Geschichte umgehen. Er hat in dieser seltsamen Koalition den nicht sehr dankbaren Job des Sozialministers, ohne aber die AMS Agenden zu haben. Wobei ich hier schon auch die Sozialdemokratie rügen muss, weil mein Eindruck war, dass sie nicht wirklich gekämpft haben, um das AMS ins Sozialministerium zurückzuholen, wie es früher unter Dallinger immer üblich war, und weil das AMS auch ein sehr gutes Steuerungsmittel ist zur Bekämpfung von Armut, von Arbeitslosigkeit. Das ist leider in Händen des Minister Bartenstein, wo es nicht sehr gut aufgehoben ist. Insofern hat Minister Buchinger hier einen sehr großen Startnachteil. Vielleicht kann er uns sagen, wieso hier nicht wirklich gekämpft worden ist. Mir wurde berichtet, na ja, das haben halt die Schwarzen. Also irgendwie denke ich mir, dass Herr Haberzettel sich nicht wirklich so eingesetzt hat, um auch den Koalitionspartner so zu fordern, dass man ihnen das abmarktet. Sie haben ja wirklich genug andere Ressorts, mit denen sie punkten können. Dass Gesundheit auch weg ist vom Sozialen war auch eine frühe Trennung, die ich auch nach wie vor bedaure. Minister Buchinger hat leider nicht diese Instrumente, die Dallinger oder anderen zur Verfügung standen, und muss mit einem erheblichen Startplatznachteil kämpfen. Trotzdem ist er jemand, der sich nicht so leicht einschüchtern lässt und versuchen wird, hier den Dialog zu führen. Ich weiß nicht, wie weit es ihm gelingt, den Dialog zu führen im Sinne auch von Robert Misik *Genial Dagegen*. Interessanterweise hat der Standard einmal sein Buch rezensiert mit dem Titel „Genial Daneben“, was ich für eine sehr interessante Fehlleistung halte. Ich hoffe, dass Erwin Buchinger als Bundesminister und Verantwortlicher, aber trotzdem auch in gewisser Weise ein bisschen dieser Vorgabe von Robert Misik, nämlich auch genial dagegen zu sein, hier entsprechen kann. Wie weit er Spielraum hat, wird er wahrscheinlich in seinem Vortrag hier uns noch wissen lassen.

Erwin Buchinger

Danke. Zuerst auch noch einmal von meiner Seite eine Entschuldigung, dass ich den ersten Termin absagen musste. Ich war zu euphorisch was denn von der Termingestaltung mittelfristig, langfristig möglich ist für einen Minister. So habe ich zugesagt, und dann sind andere Termin dazu gekommen. Zwischenzeitlich habe ich ein bisschen mehr Routine und sage nur mehr unter Vorbehalt zu, was nicht

heißt, dass ich dann verlässlicher komme, aber was immerhin heißt, dass ich dann mit weniger schlechtem Gewissen absagen kann. Ich habe also bei der Terminabsage im Mai (noch) ein schlechtes Gewissen gehabt. Vielleicht ist aber auch was Gutes an dieser zeitlichen Verschiebung. Nachdem ich nunmehr auf 9 Monate Regierungstätigkeit zurückblicke, ist es vielleicht mit einem größeren Ausmaß an empirischer Erfahrung möglich das, was ich so ähnlich auch vor sechs Monaten gesagt hätte, heute mit mehr Nachdruck und noch mehr Glaubwürdigkeit zur Diskussion zu stellen.

Ich möchte beginnen mit den Rahmenbedingungen. Wenn ich die Kritik zusammenfasse und pointiere, so bin ich als Sozialminister für alles verantwortlich und für nichts zuständig. Da ist ein bisschen was dran. Das Soziale und das Wiederherstellen der sozialen Balance ist zweifellos der wesentlichste Auftrag, den die Bürgerinnen und Bürger am 1. Oktober 2006 der neuen Bundesregierung gegeben haben. Nachdem damit das Soziale eine Schlüsselfunktion für die Regierung hat, ist es tatsächlich so, dass ich zumindest symbolisch für vieles verantwortlich gemacht werden kann. Richtig ist auch, dass die tatsächliche Zuständigkeit des Sozialministeriums und die reale Macht in Politiksetzung und Verwaltung noch nie so schwach ausgeprägt war, wie es seit März 2007, um genau zu sein, der Fall ist. Nicht nur, dass im Vergleich bis zum Ende der 1990er Jahre Gesundheit und Soziales nicht mehr zum Ressort gehört, seit März 2007 sind auch die Agenden für Familie und Jugend – und damit der große Familienlastenausgleichsfonds – in das Gesundheitsministerium gewechselt, so dass meine direkte politische Zuständigkeit die bedeutenden, aber doch relativ schmalen Felder der Pensionsversicherung und des Pensionsrechts, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen, die bundesweiten Regelungen der Pflegevorsorge sowie Armutsvermeidung und Sozialpolitik, so weit es in der Kompetenz des Bundes liegt. Das ist verfassungsrechtlich so geregelt, dass die Grundsatzgesetzgebung hier beim Bund läge und Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung bei den Ländern. Es gibt aber kein Bundesgrundsatzgesetz, d.h. die wirkliche Kompetenz im Bereich der Sozialpolitik ist eine überaus bescheidende. Über 90% liegt bei den Ländern und Gemeinden. Und der Bereich der Pflegesicherung und Pflegevorsorge ist operativ und in der Gestaltung nur eine Koordinationskompetenz gegenüber dem Gesundheitsministerium und gegenüber den Ländern ist alles nur auf freiwilligen Vereinbarungen beruhend. Nichtsdestotrotz versuche ich mit Unterstützung vor allem von Gewerkschaft, Arbeiterkammer, aber auch mit vielen Bündnispartnern etwa im Bereich der Kirchen, der Sozialeinrichtungen das, was im Regierungsprogramm an sozialpolitischer Zielsetzung verankert ist, nicht nur umzusetzen – das ist ja noch relativ die leichte Übung -, sondern darüber hinaus auch weitere Markierungen, Positionierungen zu setzen und das eine oder andere auch zu realisieren.

Meine Erfahrung ist – und jetzt komme ich aufs Thema zu sprechen „Mehr Gerechtigkeit. Geht das?“ dass man in dieser Fragestellung ein „noch“ ergänzen muss, zu einem „Geht das noch?“, denn die Erfahrung ist ja, dass ein Ausbau von sozialer Gerechtigkeit über viele Jahre gar nicht in Frage gestellt sondern ein selbstverständlicher Grundpfeiler der Politik in Österreich war. Das galt von den 1950er, 1960er, 1970er, 1980er, bis in die Mitte der 1990er Jahre. Die Erfahrung der letzten bis zu zehn Jahren war jedoch, dieses Fragezeichen im Thema zu betonen und eher damit zu beantworten: nein, es geht nicht mehr oder nicht mehr in den Ausmaß wie früher, denn es gäbe keine Alternative dazu Sozialleistungen zurückzunehmen. Aber da hat sich zuletzt wiederum etwas geändert. Und an diesem Punkt widerspreche ich jetzt Rudi Scholten in seiner Einführung. Meine Erfahrung ist, dass sowohl auf europäischer Ebene als auch auf nationaler Ebene in den letzten ein, zwei, drei Jahren das Bewusstsein, dass Sozialpolitik mehr ist als nur Abzug von gesellschaftlicher Wertschöpfung und quasi so ein Luxus, den man sich früher hat leisten können und jetzt nicht mehr leisten könnte, dass dieses Bewusstsein zurückgegangen ist und stärker das Bewusstsein in den Vordergrund gerückt ist, dass Soziales und Sozialschutz eine gesellschaftliche Produktivkraft sind, die auch die Wertschöpfung positiv beeinflussen und vielerlei Nutzen und Vorteile für eine Gesellschaft bieten. Jetzt gebe ich schon zu, bei den wirtschaftlichen und politischen Eliten, auch in weiten Teilen der Medien, ist dieses Bewusstsein noch nicht so vorgedrungen. Ich spüre das am Deutlichsten dann, wenn bei jeder Reformdiskussion im Pensionsrecht die Journalisten fast automatisch vom Sozialminister Verschlechterungen für die Betroffenen einfordern. Das ist eine paradoxe Umkehrung. Wir, die wir

politisch sozialisiert worden sind in den 1970er und 1980er Jahren, bei uns hat Reform die Bedeutung gehabt Modernisierung im Sinn von Verbesserung. Heute, wenn man Reform hört, muss man sich davor fürchten, es ist geradezu die Erwartung der veröffentlichten Meinung und der Profis in der Meinungsbildung, dass eine Reform Verschlechterung sein muss, nicht weil sie sadistisch oder masochistisch veranlagt wären, sondern weil in den Köpfen teilweise der Wissenschaft, vor allem aber nach meiner Wahrnehmung jener, die die öffentliche Meinung stark bestimmen, nämlich der Journalisten, ein Denken verankert ist, dass Sozialpolitik so viel Fett angesammelt hat in den letzten Jahrzehnten, dass es unter der Notwendigkeit von „beweglicher werden“, „schlanker werden“, alternativlos sei, Einsparungen vorzunehmen, soziale Leistungen zurückzunehmen. Am deutlichsten im Bereich des Pensionsrechtes. Und sie sind immer alle enttäuscht, wenn ich sage, mit uns spielt es keine Erhöhung des Pensionsalters, weil wir das nicht brauchen. Das glauben die nicht. Dann kann man es empirisch belegen, dann glauben sie es weiter nicht. Da sieht man, welch starke Waffe ein Vorurteil ist. Sie kennen ja den Ausspruch von Einstein, „Ein Atom ist leichter zu zertrümmern als ein Vorurteil“. Dennoch, meine Hauptaufgabe ist es dazu beizutragen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungskraft und Leistungsfähigkeit der Sozialschutzsysteme gestärkt wird. Ich betone diese subjektive Komponente des Vertrauens, bevor ich zu objektiven Tatsachen komme. Meine Aufgabe sehe ich aber auch darin, dass auch materiell der Sozialschutz in Österreich nicht weiter abgebaut wird, sondern den neuen Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitslebens angepasst wird mit dem Ziel aber der Verbesserung und des Ausbaus.

Ich betone die subjektive Seite deswegen vor der objektiven Seite, weil ich es derzeit für besonders gefährlich halte, wie in breiten Teilen der Öffentlichkeit, insbesondere bei jungen Menschen, die Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme eingeschätzt wird, nämlich auf ganz, ganz niedrigem Niveau. Wenn Sie heute junge Menschen fragen, „Glauben Sie, dass Sie noch eine Pension erhalten werden, die halbwegs existenzsichernd sein wird?“, dann antwortet eine große Mehrheit mit Nein. Das ist beängstigend. Wer kein Vertrauen dazu hat, dass auch die Zukunft sozial ausgestaltet sein wird, der wird vielleicht auch selber wenig beitragen, das zu unterstützen, sondern wird diese Ellbogen- und Raffermentalität aufnehmen, „Hilf dir selbst, weil sonst hilft dir niemand“. Und das unterhöhlt den Gesichtspunkt der Solidarität, die Notwendigkeit des sozialen Zusammenhalts auf dieser subjektiven Seite viel mehr, als objektiv tatsächlich in den letzten Jahren an Durchlöcherung, an Schwächung des Sozialsystems passiert ist.

Ich bin überzeugt davon, dass mehr Gerechtigkeit auch unter den heutigen Bedingungen der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist, dass die Politik und auch die Sozialpartner zwar engere Spielräume haben mögen, als das vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren der Fall war, engere nationale Spielräume, dass aber auch diese enger gewordenen Spielräume bei weitem nicht ausgenützt werden, und hier sowohl auf nationaler Ebene ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit herstellbar ist, als auch insbesondere auf internationaler Ebene. Dass auf Ebene der EU, aber auch weltweit, mit einer klugen Bündnispolitik, mit der richtigen Schwerpunktsetzung hier eine Trendwende eingeleitet werden kann, genau so wie es Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre eine Trendwende in die Richtung gegeben hat über Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung in Wirtschaft und Arbeitsmarkt, diesen Prozess einzuleiten, der letztlich zu einer Schwächung des sozialen Zusammenhalts und der Sozialschutzsysteme geführt hat.

Wie begründe ich diesen Befund? Ich möchte es kurz und schlaglichtartig machen, vielleicht in der Diskussion dann weiterführen. Ich beginne nicht mit Verteilung und Verteilungsgerechtigkeit, sondern möchte beginnen damit, nur einmal darauf hinzuweisen, was unter dem Gesichtspunkt von Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung in den letzten 20 Jahren, vielleicht 30 Jahren, wenn man es europaweit und weltweit sieht, an Verschlechterung der Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit herbeigeführt wurde, was hier das Ergebnis politischen Handelns war. Im Bereich der Entwicklung des öffentlichen und des privaten Eigentums ist in Österreich de facto eine Enteignung des Staates erfolgt, eine fast vollständige Privatisierung von produktivem Eigentum. Das ist unter dem Gesichtspunkt von Verteilungsgerechtigkeit deswegen so wichtig, weil über Einflussnahme in

wirtschaftliche Entscheidungen, weil im Verhältnis von Arbeit und Kapital in der Produktion, im Produktionsprozess selber, über die Möglichkeiten in der verstaatlichen Industrie, in der gemeinwirtschaftlichen Industrie, in Banken und im Versicherungsbereich wichtige Möglichkeiten bereits im Produktionsprozess auf Austarieren von Interessensgegensätzen, auf Berücksichtigung von Interessen sozialer schwächerer Gruppen genommen worden sind. Dies ist darstellbar im Bereich der Beschäftigungspolitik, wo es ganz gravierende Veränderungen gegeben hat.

Im Bereich der Deregulierung, der Änderung der Setzung der Rahmenbedingungen, wird es noch deutlicher, dass die alleinige Maxime in diesen 20, 30 Jahren darin gelegen hat, möglichst schnell unter einem Diktat eines Shareholder Values die Möglichkeiten an Rendite, an Gewinnmaximierung auszureizen, alle anderen Gesichtspunkte wirtschaftspolitischen, auch unternehmerischen Handelns de facto nicht nur zurückgedrängt hat, sondern de facto ausgehebelt hat, und dies entsprechende Auswirkungen auch auf der volkswirtschaftlichen, auf der gesamtstaatlichen Ebene gehabt hat. Am deutlichsten wiederum spürbar im Bereich der Deregulierung im Arbeitsrecht, als Flexibilisierung dort verstanden, wo die Entwicklung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Beschäftigungsverhältnisse von ungewollter Teilzeit über freie Dienstnehmer, neue Selbstständigkeit, dazu geführt hat, dass gemeinsam mit einer stark steigenden Arbeitslosigkeit im Gefolge von Privatisierung und Deregulierung die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt worden ist, und an einen Parameter ablesbar, seit 15 Jahren die Lohnquote in Österreich kontinuierlich sinkt, stärker sinkt, deutlicher sinkt als in anderen europäischen Ländern. Das heißt, in der Verteilung dieser gesteigerten Wertschöpfung (in der sogenannten primären Einkommensverteilung) zwischen Arbeit und Kapital, ist seit 15 Jahren eine kontinuierliche Verschlechterung der Einkommens aus unselbstständiger Arbeit, und innerhalb der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit wieder eine starke Verschlechterung der unteren Einkommensdezile, -quartile und eine - im wesentlichen - Stagnation im Bereich der mittleren Arbeitnehmereinkommen zu verzeichnen, währenddem höhere Arbeitnehmereinkommen auch in den letzten 10, 15 Jahren noch gewinnen konnten. Also gesellschaftliche Ungleichheit hat auch in Österreich in den letzten 10, 15 Jahren fast Jahr für Jahr kontinuierlich zugenommen, sowohl im Verhältnis Arbeit/Kapital als auch innerhalb der Arbeitnehmereinkommen. Stark profitiert haben Gewinneinkommen, hier vor allem aus Finanzdienstleistungen, aus Besitz und Vermögen. Und die sekundäre Einkommensverteilung, also die Steuer- und Abgabenpolitik der öffentlichen Hand, des Staates, hat diesen Prozess der größeren Ungleichgewichtung der primären Einkommensverteilung nicht geändert. Sie hat im wesentlichen keine verteilungspolitische Auswirkung.

Was freilich verteilungspolitische Auswirkungen hat und auch in den letzten 10, 15 Jahren hatte, waren die Transferleistungen, also die Sozialpolitik. Diese Sozialpolitik wurde aber vor allem in den letzten 10 Jahren, beginnend aber schon Mitte der 1990er Jahre systematisch unter dem Gesichtspunkt von Einsparungen, Kürzungen zurückgenommen. Das sieht man nicht an der Sozialquote. Die Sozialquote, der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, ist im wesentlichen gleich geblieben. Das ist zu verstehen nur unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und der demografischen Entwicklung bei den Pensionen auf der anderen Seite. Wenn man sich aber anschaut, wie die Eintrittsbedingungen und die Bedingungen Dienstleistungen und Leistungen aus dem Sozialschutzsystem in Anspruch zu nehmen verschlechtert worden sind - sie wurden in allen Bereichen des Sozialschutzes, von der Arbeitslosenversicherung über die Krankenversicherung, Unfallversicherung bis hin zur Pensionsversicherung teilweise ganz radikal reduziert - so ist es im Einzelfall zu deutlichen Verschlechterungen im Sozialschutz gekommen.

Ich fasse kurz diesen Befund zusammen. Die Möglichkeiten der staatlichen und gesellschaftlichen Einflussnahme primär in Produktionsprozesse auf größeres Ausmaß an Chancengerechtigkeit, auf direkte Intervention, sind durch Privatisierung, Deregulierung stark gesunken. Die Möglichkeiten, im Arbeitsprozess über Arbeit und gut entlohnte Arbeit einen fairen Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung zu erreichen, haben sich in den letzten 20 Jahren mit der Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit verschlechtert und gleichzeitig hat sich die Qualität der Arbeitsverhältnisse

verschlechtert, weil das Normalarbeitsverhältnis zurückgegangen, prekäre Arbeitsverhältnisse gestiegen sind. Und die Steuer- und Abgabepolitik hat diese Prozesse nicht korrigiert, nämlich die Prozesse von steigendem Ungleichgewicht in der primären Einkommensverteilung und im Bereich der Transferleistungen. In der Sozialpolitik wurden Einzelleistungen stark reduziert, wenngleich die Sozialquote insgesamt gleich geblieben ist.

Die Auswirkungen dieser Politik des Sozialabbaus – und ich spreche jetzt nicht nur von den letzten 6, 7 Jahren, sondern von der Tendenz der letzten mindestens 10 Jahre – haben aber nicht dazu geführt, was von den Neoliberalen erwartet worden ist, dass durch diese Abschlankeung des Sozialstaates die Wirtschaft dynamischer, beweglicher, produktiver geworden wäre. Alle Kennzahlen, die man sich anschauen kann, sind entweder gleich geblieben – Produktivitätsentwicklung etwa im langjährigen Schnitt 1,8%, oder haben sich verschlechtert, wie das Wirtschaftswachstum oder die Arbeitslosigkeit. So schwach wie die letzten 6, 7 Jahre war die BIP Entwicklung in Österreich noch nie, nämlich durchschnittlich 1,5%. Österreich war über 30 Jahre im Vergleich mit den europäischen Ländern, genauer: mit den EU 15, nach Irland das Land mit der zweitstärksten Wirtschaftsentwicklung. In den letzten 6, 7 Jahren sind wir auf durchschnittliche und sogar knapp unterdurchschnittliche Werte zurückgefallen. Parameter wie Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Lohnquote, soziale Absicherung haben sich verschlechtert. Diese Verschlechterung der sozialen Bedingungen hat nicht gemündet in eine Verstärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Leistungskraft, sondern beide Systeme – sozialer Ausgleich, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – haben sich nach unten entwickelt.

Das ist jetzt mein Ansatzpunkt, nicht nur aus dieser Längsschnittanalyse der österreichischen Entwicklung sondern auch aus einer Querschnittsanalyse mit entwickelten sozialstaatlichen Systemen insbesondere in Skandinavien, das ist mein Ansatzpunkt für den Optimismus, dass mehr Gerechtigkeit auch unter den heutigen Bedingungen möglich ist, weil sich zeigt, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und hohes Ausmaß an Sozialschutz, ja steigendes Ausmaß an Sozialschutz, nicht nur sich gegenseitig nicht widersprechen, sondern sich im Gegenteil sogar wechselseitig unterstützen, ja, mehr noch: das Eine Voraussetzung für das Andere ist und umgekehrt. Empirisch gibt es diese Befunde, dass die wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder mit ganz wenigen Ausnahmen gleichzeitig die sind mit dem höchsten Sozialschutz. Das ist auch logisch-genetisch nachvollziehbar. Denn in dem Ausmaß, wo in einer dynamischeren, flexibleren Wirtschafts- und Arbeitswelt auch die Anforderungen an den einzelnen Arbeitnehmer größer werden, umfassender werden, und damit auch das Risiko, eine falsche Entscheidung zu treffen, zunimmt, muss es ja kontraproduktiv sein, Sozialschutz zu verringern, weil, wenn zwar die Chancen, wenn die Möglichkeiten größer werden, aber auch die Risiken vor Augen stehen, dann wird man nur dann bereit sein, die Chance zu sehen und nicht das Risiko, wenn man gegen das Risiko abgesichert ist, wenn es ein soziales Netz gibt, das einen trägt, wenn das Risiko schlagend wird. Also wenn die Möglichkeiten, wenn die Chancen, aber auch die Risiken steigen, dann ist gerade ein höheres Ausmaß an Sozialschutz, an Absicherung, erforderlich. Und das ist ja im Wesentlichen der Befund über die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den letzten 10, 20 Jahren: stärkere Dynamik, stärkere Flexibilität.

In der modernen Sozialpolitik hat man das Wort von Flexicurity erfunden, um diesen Zusammenhang auch politisch-begrifflich darzustellen. Es geht darum, ein höheres Ausmaß an Flexibilität gleichzeitig mit einem hohen oder höheren Ausmaß an Security, an Sicherheit, zu verbinden. Denn das höhere Ausmaß an Flexibilität und stärkere Marktdynamik ist etwas, was zumindest kurz- und mittelfristig nicht zurückdrehbar ist. Wer meint in der Sozialpolitik, man könnte anknüpfen an das Sozialbild der 1970er Jahre und unter anderen Voraussetzungen dieselbe Sozialpolitik betreiben, der irrt gewaltig. Ich mache es an einem Beispiel fest. So sehr wir auch im Regierungsprogramm formuliert haben und uns dazu bekennen, dass es unser wichtigstes Ziel ist, in dieser Legislaturperiode wieder Vollbeschäftigung zu erreichen, quantifiziert 4% nach EU Quote, so sehr ist allen, die damit theoretisch und praktisch zu tun haben, bewusst, dass die Vollbeschäftigung des Jahres 2010 eine ganze andere Vollbeschäftigung sein wird als die des Jahres 1979 oder 1980, 1981 der letzten Jahre

der Vollbeschäftigung in Österreich. Da kann man nostalgisch werden, wenn man daran denkt, dass es etwa Mitte der 70-er Jahre im Jahresdurchschnitt 50.000 Arbeitslose gegeben hat. 2006 hatten wir im Jahresdurchschnitt fast 270.000 Arbeitslose. Da sind Dimensionen dazwischen. Aber die Vollbeschäftigung des Jahres 2010, wenn wir wieder unter 200.000 kommen wollen, wird eine andere Vollbeschäftigung sein als die der 1970er Jahre, weil es in einer dynamischen Wirtschaft, wo die Sektoren sich verändern, wo sich die Qualifikationen laufend verändern, wo es einen Austausch gibt von Arbeitskräften aus schrumpfenden in wachsende Sektoren, kein Recht auf den Arbeitsplatz geben kann, auf einen bestimmten Arbeitsplatz. Aber es wird ein Recht geben können auf Beschäftigung. Das Mittel dazu ist dann nicht Kampf und Erhalt jedes bestehenden Arbeitsplatzes, so à la Kampf um Eumig oder Semperit, sondern Investitionen darin, die Beschäftigungsfähigkeit der einzelnen Arbeitskraft zu sichern, über Qualifikation, über Erhaltung von Mobilität und Beweglichkeit im qualifikatorischen Bereich, im Bereich von Arbeitserhaltungen, Herangehensweisen, Beteiligungen, dass es ohne längere Phasen von Arbeitslosigkeit gelingt, eine neue Beschäftigung, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Und Investitionen in Forschung/Entwicklung und materielle Infrastruktur, um Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Da müssen also Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik, ja Bildungspolitik, zusammenwirken.

Ähnlich diesem Beispiel der Vollbeschäftigungspolitik kann man es weiterführen etwa im Bereich Bildungspolitik. Währenddem die Hauptlösung vor 30 Jahren war, eine ordentliche fundierte Erstausbildung den Jugendlichen zur Verfügung zu stellen in der Erwartung, von dieser Erstausbildung könne man dann 20, 30, 40 Jahre zehren bis zur Pension, ist heute Allgemeingut, dass ein gleich großer Schwerpunkt auf die laufende Weiterbildung gelegt werden muss. Aber Allgemeingut heißt noch nicht politische Umsetzung. Auch heute noch werden über 80% der Bildungsinvestitionen in die Erstausbildung gesteckt und nicht einmal 20% in die Weiterbildung. In Wirklichkeit müsste bei der jetzigen dynamischen Arbeitswelt, wo man weiß, dass 4, 5, 6, 7 Berufe im Laufe eines Arbeitslebens bei Menschen, die heute 20, 25 Jahre alt sind, wahrscheinlich sein werden, da müsste also in Wirklichkeit dieses Verhältnis von Erstausbildung und Weiterbildung massiv geändert werden. Nachdem das langfristige Prozesse sind, müssten die früh angegangen werden, um sie in Gang zu bringen.

Für eine moderne Sozialpolitik gibt es also viel zu tun. Ich sage aber auch, es ist möglich, dies zu tun, auch unter den neuen geänderten Rahmenbedingungen nach einer langen Phase einer neoliberalen Wende, die in wichtigen Kernbereichen nicht zurückgenommen werden kann. Es ist möglich, wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit zu vereinbaren und mehr Gerechtigkeit auch unter diesen Bedingungen zu erreichen. In einem kleinen, zeitlich beschränkten Fenster versuche ich als Sozialminister dieser Bundesregierung, das auch zu leben und umzusetzen. Wenn Sie denken an die geänderte Schwerpunktsetzungen, an den Kurswechsel in der Bildungspolitik, wenn Sie an den tendenziellen Kurswechsel auch in der Sozialpolitik denken, ja selbst wenn Sie im Bereich Forschung und Entwicklung das Bekenntnis zu Investitionen, die auch von Taten begleitet wird, in diesem Gesamtzusammenhang sehen, dann erkennen sie, dass diese Politik in der neuen Bundesregierung breit verfolgt wird.

Dies fürs erste als Anstoß zur Diskussion.

Max Koch

Danke. Ein Sozialminister hat es nicht leicht, besonders in dieser Koalition. Es gibt ein Netzwerk der Armutskonferenz, die ich für sehr seriös halte, die immer mit Zahlen aufwarten, mit Perspektiven, mit Fakten, wo ich mir denke, hier müsste der Sozialminister reagieren. Wie reagiert das Sozialministerium jetzt unter sozialdemokratischer Besetzung auf diese Vorhalte, Vorgaben, Analysen? Ich komme selber aus der Jugendbildungsarbeit und habe immer gedacht, Prävention ist eines der ganz wichtigen Dinge. Wenn man früh ansetzt, braucht man später vielleicht nicht mehr Gefängnisse bauen oder Drogenanstalten oder Therapiestellen bauen. Man weiß, es sind tausende Kinder jetzt schon in der Armutsfalle. Man hat zu wenig Bildung, zu wenig Ressourcen. Wie kann das

Sozialministerium hier mehr präventiv jetzt schon umsetzen? Da geht es gar nicht um große Sozialpolitik und um BIP, sondern da geht es um ganz konkrete Projekte, Hilfestellungen, auch Gelder, die man hineinpumpt, um den Jugendlichen, den Kindern mehr Bildungschancen, Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

Erwin Buchinger

Die Daten, die die Armutskonferenz verwenden, sind Daten, die das Sozialministerium erhebt und zur Verfügung stellt. Das sind im Wesentlichen die Daten des Jahres 2005. Das ist ein europaweites Projekt zur empirischen Beforschung von Armut. Die Armutskonferenz wird vom Sozialministerium mit einer Grundsubvention nicht nur am Leben erhalten. Wir haben dies auch ausgeweitet mit der Übernahme der Regierungsverantwortung. Die Armutskonferenz ist ein wichtiger Partner, weil in der medialen Aufmerksamkeit NOGs wie die Armutskonferenz oft ein größeres Ausmaß an Glaubwürdigkeit haben, als wenn Daten von einem Ministerium oder gar von einem Minister weitergegeben werden. Die Grundrichtung, das Ziel der Arbeit der Armutskonferenz, nämlich Armut zu verhindern und bestehende zu beseitigen, und die des Sozialministeriums, Armutsvermeidung, Armutsbekämpfung, sind ja dieselben. Die Möglichkeiten, das Tempo, das zu erreichen, das einzuschätzen, das ist sicherlich teilweise unterschiedlich.

Aber was tun wir im Sozialministerium? Bei aller Kritik, die man üben kann am Regierungsprogramm, was zu wenig, zu wenig ambitioniert da drinnen steht, dieses eine große Projekt der bedarfsorientierten Mindestsicherung, das keine Heilserwartungen abdecken kann, aber es ist doch ein ganz bedeutender Schritt in diese Richtung Armutsvermeidung und -bekämpfung, ist gemeinsam mit der Fixierung von Mindestlohn, gemeinsam mit dem Schließen von Lücken im Bereich des Zugangs zur Sozialversicherung, nämlich freie Dienstnehmer voll sozialversichern laut Regierungsprogramm, Selbstständige einzubeziehen in die Arbeitslosenversicherung, das sind alles ganz entscheidende Ansatzpunkte von konkreter Armutsvermeidung und Armutsbekämpfung. Wir haben es zum Teil verwirklicht, zum Teil sind wir noch in den Verhandlungen mit den Ländern, das umzusetzen, denn der politische Prozess ist gerade, wenn es um Sozialfragen geht, ein viel mühsameres, als sich viele vorstellen können, eben aufgrund dieser Zersplittertheit der Zuständigkeiten. Vielleicht kann ich im Einzelnen noch darauf eingehen, wie grauslich das oft ist. Aber ich glaube, die Ziele sind richtig gesetzt, die Schritte werden konsequent gesetzt. Und ich möchte auch nicht verschweigen, dass aus meiner Sicht der wichtigste Beitrag zur Armutsvermeidung, Armutsbekämpfung liegt in dieser wirklich ambitionierten Vollbeschäftigungspolitik, Arbeitslosigkeit zu minimieren, und in der Bildungspolitik. Wie ich den Armutsbericht 2005 präsentiert habe im April d.J., haben mich viele Zahlen geschreckt in diesem Bericht. Aber am meisten hat mich geschreckt der Befund, dass Kinder aus Akademikerhaushalten eine 46%ige Wahrscheinlichkeit haben, selbst einen akademischen Abschluss zu erreichen, Kinder aus Haushalten mit Pflichtschulabschluss, aus Arbeiterhaushalten, eine 6%ige Wahrscheinlichkeit haben, einen akademischen Abschluss zu erreichen. Jetzt weiß man aber seit der OECD Studie, dass ein wichtiges Entscheidungskriterium etwa für Teilhabe, für Einkommen, die formale Bildung ist. Das ist in Österreich noch viel wichtiger als in fast allen anderen europäischen Ländern. Wenn aber Bildung so vererbbar ist wie in Österreich und das 30, 35 Jahre nach den Kreiskyschen Bildungsreformen, dann ist das die wichtigste Stoßrichtung einer emanzipatorischen Sozialpolitik, die Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit über den gleichen Zugang zur formalen Bildung herzustellen oder wiederherzustellen in Österreich.

Max Koch

Wir haben heute in den Nachrichten gehört, dass die ersten Urteile in diesen Kindergeldgeschichten ergangen sind, wobei ja wieder so ein seltsamer Mix ist, man muss nur einen Teil zurückzahlen und nicht alles. Dieser große Pfusch ist ja jetzt gerichtlich anhängig. Ich habe gestern in Thema einen Beitrag über ein Dorf ohne Frauen in Rumänien, wo die Frauen hier bei uns sind und rund um die Uhr Menschen pflegen, die Pflege brauchen und rund um die Uhr Pflege brauchen. Dort haben die Väter und die Kinder protestiert, wo ist meine Mama, die ist seit vier oder fünf Monaten nicht da. Das ist

das virulente Thema, das ist auch das Zukunftsthema. Die Frauen sind auch nicht legal hier. Das ist eine geduldete Illegalität. Das ist ja auch so ein seltsames Spiel mit legal und illegal.

Erwin Buchinger

Du darfst schon härter nachfragen und härter auch die Kritik formulieren. Zuerst noch zwei Sätze. Die Vorgängerregierungen Schüssel I und Schüssel II haben nicht nur beim Kinderbetreuungsgeld sondern in vielen Bereichen einen enormen Pfusch hinterlassen, der teilweise vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurde, teilweise aber noch der Reparatur harrt. Wenn ich die Liste machte von diesen Pfuschgesetzen, ich glaube, dass ich mit 50 nicht auskomme. Was wir derzeit aktuell bearbeiten müssen an Pfusch ist beispielsweise die Regelung, die von der Vorgängerregierung eingeführt worden ist, die Arbeits- und Versicherungsbeiträge bei den 56jährigen Frauen und 58jährigen Männern wegfällen zu lassen als Beitrag zur höheren Einstellung von älteren Arbeitskräften. Nicht nur, dass das nicht passiert ist, der Verfassungsgerichtshof hat das aufgehoben, das verursacht ungefähre jährliche Kosten von 230 Millionen EUR, weil das bedeutet, dass auch 56jährige Männer auch rückwirkend Beiträge zurückfordern können und die Unternehmen das auch tun, ohne dass sie etwas geleistet hätten dafür. Oder die Regelung bei der Schwerarbeit. Ein Pfusch sondergleichen.

Im Bereich der Pflege hat die abgewählte Regierung nicht gepfuscht, weil sie nichts getan hat. Da haben sie ja konsequent weggeschaut und gesagt, da gibt es kein Problem, keinen Pflegenotstand. In vielen Bereichen der Pflege und Betreuung gibt es tatsächlich kein Problem, das an einen Notstand herankommt. Die stationäre Betreuung trotz punktueller Mängel oder die mobile Betreuung und Pflege, das hat sich in den letzten Jahren vor allem auf Länderebene ganz gut entwickelt. Die Initiativen dazu wurden noch unter Hesoun gesetzt mit einer Artikel 15a Vereinbarung. Aber der echte Notstand war im Bereich der 24-Stunden-Betreuung, der Betreuung rund um die Uhr, weil es hier tatsächlich bis 1.7.2007 keine gesetzliche Möglichkeit gegeben hat, die halbwegs leistbar war. Ich weiß, dass an der Lösung, die Bartenstein und ich auch mit viel Hängen und Würgen und vielen Widersprüchen letztlich geschaffen haben, die seit 1.7. in Kraft ist, dass man daran viel kritisieren kann. Ich würde einladen, die Diskussion konkret zu führen, denn ich bin überzeugt davon, dass wir mit dieser Lösung Hausbetreuungsgesetz und Bundespflegegeldgesetz Novelle mit Förderung 80 bis 90% des Problems gelöst haben, dass wir einen ganz großen Schritt zur Lösung im Bereich der 24-Stunden-Betreuung gefunden haben, was nicht heißt, wir hätten damit nicht die Pflegeproblematik gelöst. Mit der 24-Stunden-Betreuung ist die Pflegeproblematik generell nicht zu lösen. Aber dieses eine Feld, das bisher gar nicht lösbar war, nämlich die Betreuung zu Hause, das haben wir damit einer weitestgehend guten Lösung zugeführt und können uns jetzt den weniger dringlichen, aber wichtigen Problemen der mittelfristigen Pflegefinanzierung, der Lückenschließung, Harmonisierung des Ausbaus der sonstigen sozialen Dienstleistungen in Pflege und Betreuung widmen. Dass die Lösung im Hausbetreuungsgesetz und in der Förderung vorläufig bei der Förderung mit 31.12.2007 befristet ist, ist natürlich ein gewaltiges Manko. Aber das ist ausschließlich der Tatsache geschuldet, dass die Länder bislang sich nicht bereit erklärt haben, sich bei der Mitfinanzierung zu beteiligen, und daher der Bund die alleinige Finanzierung bis Jahresende übernommen hat. Wenn man das gleich unbefristet gemacht hätte, dann können Sie sich vorstellen, was das bedeutet hätte. Dann hätten die Länder sich zurückgelehnt und hätten überhaupt keinen Handlungsbedarf mehr gehabt. Das ist politisch nicht möglich. Jetzt wird in den Finanzverhandlungen versucht und die Chancen sind nicht schlecht, das in einem Gesamtpaket einer Lösung zuzuführen.

Max Koch

Wie soll die ausschauen?

Erwin Buchinger

Dass sich die Länder in einem Ausmaß, 60 zu 40 Bund Länder, vielleicht kommt raus 80 zu 20, irgendwo dazwischen wird wahrscheinlich die Lösung zu finden sein. Aber das Entscheidende ist, dass das Modell, das wir gefunden haben, es ermöglicht, die jetzigen illegalen Beschäftigungsverhältnisse, wenn die Betroffenen das wollen, mit nur geringen Mehrkosten von 50,

60, 70 Euro im Monat zu legalisieren. Das Problem ist, wie sehr die Betroffenen das wollen. Das kann man nicht steuern, weil natürlich ein Teil der betroffenen gepflegten Personen die illegalen Lösungen weiter vorzieht aus Gründen, die mit dem Pflegemodell nichts zu tun haben, sondern die generell mit Vermögen, mit Erbschaftssicherung zu tun haben, und ein Teil der Pfleger und Pflegerinnen diese Legalisierung nicht in Anspruch nehmen, möglicherweise weil sie in anderen formellen Sicherungssystemen in ihren Herkunftsländern weiter sind und von daher die Legalisierung in Österreich nicht wollen oder nicht brauchen. Aber, wenn es gewollt wird von gepflegter Person und Pfleger, ist mit geringen Mehrkosten die Legalisierung der bestehenden Verhältnisse möglich. Die Kritik an diesem gefundenen Modell ist aus meiner Sicht kaum von Seiten der gepflegten Person, kaum von Seiten der Pflegerinnen zu formulieren. Kritik ist zu formulieren. Aber es war nicht anders möglich, dass die arbeitsrechtlichen Bedingungen, unter denen diese Zulassung erfolgt ist, am untersten Rand der bestehenden arbeitsrechtlichen Verhältnisse ansetzt, nämlich sind im wesentlichen die Bestimmungen des Hausangestelltengesetzes übernommen worden. Und das sind sowohl vom Mindestlohntarif als auch von den Arbeitszeitbestimmungen die schlechtesten Arbeitsverhältnisse, die möglich sind. Aber anders anzusetzen, höherwertig anzusetzen, hätte bedeutet, schon im Einstieg das Modell zum Scheitern zu bringen, weil die daraus resultierende höhere Kostenbeteilastung von den Ländern noch viel weniger mitgetragen worden wäre, als das jetzt bei dem moderaten Modell der Fall ist. Ich würde mich freuen, das hier konkret zu diskutieren, weil das eine ganz wichtige Frage ist in der öffentlichen Wahrnehmung, so stark aus Interessen, die dann vielleicht noch zu bezeichnen sind, in ein viel schlechteres Licht gestellt ist, als es tatsächlich verdient.

Max Koch

Wenn man die Medien verfolgt, aber auch wenn man selbst im Supermarkt einkauft, wird einem auffallen, dass alles exorbitant teurer wird. Man braucht nur zur Tankstelle fahren, man braucht nur im Supermarkt einkaufen. Es ist eigentlich relativ wenig Unruhe bei den Menschen. Aber so wie in Italien, wo die Leute streiken, weil die Nudeln teurer geworden sind. Wieso gibt es das bei uns nicht? Es regen sich die Leute wirklich auf im Supermarkt, wenn man dort steht. Über den Benzinpreis vielleicht noch am ehesten, weil das geliebte Auto muss bewegt werden. Wie schätzt du das ein? Es ist ja seltsam. Die Einkommen sind seit 1992 nicht höher geworden.

Erwin Buchinger

Das ist in Wirklichkeit keine Frage an den Sozialpolitiker sondern an den Psychologen. Ich habe keine wirklich befriedigende Antwort darauf, aber eine unbefriedigende. Das ist, dass die Resignationsprozesse, die schon weit fortgeschritten sind, die Haltung, da kann man eh nichts machen, da kann man eh nichts ändern. Da wird geschimpft, aber es drückt sich kein wirklicher politischer Protest aus. Es gründen sich keine Initiativen von Arbeitslosen oder von Rentnern. Der Pensionistenverband organisiert nicht 100.000 Mindestpensionistinnen, um hier entgegenzuwirken. Aber die wichtige Frage ist ja, was tut die Politik, was tun die Gewerkschaften, um hier gegenzusteuern oder die Einkommenssituation an diese veränderten Lebenshaltungskosten anzupassen?

Max Koch

Du bist ja gerügt worden von der Gewerkschaft, weil du dich da eingemischt hast.

Erwin Buchinger

Ich bin nicht nur gerügt worden. Ich habe überwiegend Zustimmung erfahren. Aber die Zustimmung, die ich erfahren habe, war weniger in den Medien als die Rüge. Es ist zu vergönnen den Bauern, dass sie im letzten Jahr laut Agrarbericht eine 15%ige Einkommenssteigerung gehabt haben. Insbesondere den Kleinbauern, den Bergbauern vergönne ich jeden Euro. Wenn aber das gleichzeitig heißt, dass auch die Agrarindustrie, die es in Österreich nur in bescheidenem Ausmaß gibt im Vergleich mit anderen Ländern – aber hohe Subventionsförderbezieher gibt es auch in Österreich insbesondere in Adelsfamilien, wo es weit über hunderttausende Euro EU-Förderung gibt -, dass die genau so mitnaschen, ist vielleicht sozialpolitisch nicht mehr so einsichtig. Aber im Bereich der Handelsketten

und der verarbeitenden Industrie, wenn das dort zum Anlass genommen wird, hier mitzuschneiden und über die Rohstoffbelastung hinaus die Preise zu erhöhen, dann wird es problematisch. Aber dann kann jedenfalls auch die Forderung erhoben werden, einen Teil hier auch den Arbeitnehmern über höhere Löhne weiterzugeben. Die von mir genannte Zahl 4% wäre optimal. Wenn heute in der Industrie im letzten Jahr die Produktivität um 5% gestiegen ist, gleichzeitig die Inflationsrate 2% beträgt, wäre in der Industrie, wenn man die alte Benya-Sallinger Formel anwendet, dass der Produktivitätsfortschritt 50-50 aufgeteilt werden soll, würden Lohnerhöhungen von 4,5% resultieren. Wenn man dann noch dazu berücksichtigt, dass die letzten Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt, den es in Österreich in den Jahren 1991 und 1992 gegeben hat, und seitdem die Lohnerhöhungen unter dem Produktivitätsfortschritt war, damit ja auch die Reallohnstagnation, dann könnte unter den jetzigen Bedingungen von sinkender Arbeitslosigkeit, hohem Wirtschaftswachstum, anhaltend hohem Produktivitätswachstum eigentlich ein Nachschlag erfolgen. 4% ist vergleichsweise wirklich moderat für die Industrie. Ich muss dazu sagen, es gibt Wirtschaftszweige, die keine derartigen Produktivitätsfortschritte haben, im Dienstleistungsbereich, da wird man auch bei den Lohnabschlüssen nicht in dieser Größenordnung sein können. Aber bei der Industrie, bei den Finanzdienstleistern, bei den Versicherungen ist eine Lohnerhöhung in diesem genannten Ausmaß von 4% optimal verkraftbar. Bei den Pensionen muss es bei den kleinen und mittleren Pensionen einen Abschluss geben von mehr als 1,7%. Das hat der Bundeskanzler auch bereits in Aussicht gestellt. Wie viel es genau sein wird, wird in den Verhandlungen mit den beiden großen Seniorenorganisationen Ende Oktober noch geklärt werden. Allein ein Abschluss von 1,7% wäre eine deutliche Verbesserung gegenüber dem, was in den letzten 7 Jahren hier im Bereich der Pensionsanpassungen passiert ist, wo nur zwei Mal in 7 Jahren die Anpassung mit der Inflationsrate vorgenommen wurde und man sonst immer darunter geblieben ist mit insgesamt einem Pensionskaufkraftverlust von 8% bis 10%.

Max Koch

Wäre es nicht einfacher, dass man den so genannten Niedriglohnsektor einfach massiv subventioniert, damit auch jene Wirtschaftszweige, die nicht diese Renditen und Profite haben, überleben können und gleichzeitig auch die Mitarbeiter sich das Leben leisten können? Wäre das nicht viel einfacher, als dort was zu zahlen und den Heizkostenzuschuss usw.?

Erwin Buchinger

Ich überspitze es jetzt. Was ist gescheitert in einer Volkswirtschaft, wenn man die Stärken, die eine Volkswirtschaft hat – und die liegen in der österreichischen Volkswirtschaft am mittleren oder über dem mittleren Level der Innovationskraft und Wertschöpfungskraft der Industrie -, dort den Schwerpunkt zu setzen über Arbeitsverhältnisse, die eine höhere Qualifikation verlangen, dort zu investieren und damit den Ländern mit niedriger Qualifikation mit niedrigen Löhnen den Vorteil der komparativen Lohnkosten zu belassen, dass dort auch qualifikatorisch geringerwertige Arbeit ausgeschöpft werden kann über Verlagerung in der Wertschöpfungskette in diesen Ländern? Oder ist es vernünftiger, einen Teil dieser Anforderungen mit niedriger Qualifikation im Inland zu fördern über Kombilohnmodelle oder andere Formen? Ökonomisch vernünftiger ist das Konzept, eine Hochlohnpolitik zu verfolgen, gleichzeitig aber sowohl die Industrie oder die Unternehmen über Forschungs- und Entwicklungsförderung in die Lage zu versetzen, diesen Innovationsvorsprung zu halten, vielleicht sogar auszubauen, und die Beschäftigten in die Lage zu versetzen, sich diese Qualifikation anzueignen, um diese Arbeitsplätze auszufüllen. In der Praxis ist es so, dass dennoch es Illusion wäre, dass das gesamte Arbeitskräftepotenzial auf Fachkräfteniveau, also Minimum Lehre, gehoben werden könnte, jedenfalls nicht kurzfristig. Daher muss man kurz- bis mittelfristig auch eine Niedriglohnstrategie fahren. Aber aus meiner Sicht ist es die Kunst, den Schwerpunkt in den Hochqualifikationsbereich und Forschung und Investition zu legen und den Bereich Niedriglohn nur als Übergang zu sehen. Das soll nicht die Anstrengungen minimieren, hier über Qualifikationsangebote laufend Qualifikationspotenzial auszuschöpfen.

Ich nenne zwei konkrete Daten dazu, die unter dem Gesichtspunkt auch von Gerechtigkeit von Bedeutung sind. Für Österreicher und Österreicherinnen, die in Österreich geboren und aufgewachsen sind, gibt es dennoch bei jenen, die einen Migrationshintergrund haben, auch wenn sie in der zweiten Generation schon hier sind, eine große Lücke in der formalen Qualifikation verglichen mit Österreichern, die in der längeren Generation schon hier leben. Zwei Drittel der arbeitslos Vorgemerkten, Lehrstellen suchenden arbeitslosen Jugendlichen haben einen Migrationshintergrund. Das ist jene Gruppe, die im Niedriglohnsektor oftmals ohne Hauptschulabschluss dann, wenn man ihnen nicht laufend Angebote macht, ihre Qualifikation zu erhöhen, mittelfristig verbleiben werden, vielleicht längerfristig verbleiben werden, ein neues Subproletariat oder sogar Prekariat bilden können. Das ist argumentiert von ihrer Situation her. Aber man kann es auch gesellschaftlich, volkswirtschaftlich argumentieren, dass man sich in zehntausenden Fällen der Chance begibt, diese Potenziale auszuschöpfen und sie fruchtbar zu machen für ein höheres Ausmaß an Wertschöpfung. Und da ist bei weitem nicht alles ausgeschöpft. Beim Spracherwerb. Daher auch Kindergarten, Vorschulen. Auch nicht ausgeschöpft im Hinführen zur Arbeits- und Sozialtugend, die man halt in Österreich braucht, um am Arbeitsmarkt akzeptiert und anerkannt zu werden. Da ist vieles möglich, was Investition erfordert. Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite ist, dass es ja Erfahrungen gibt mit Kombilohnmodellen in anderen Ländern und dass man immer auch das hohe Ausmaß von Mitnahmeeffekten mitbedenken muss. Die Erfahrung zeigt, das geht nur, wenn man gleichzeitig eine forcierte Mindestlohnpolitik betreibt und sicherstellt über entsprechende Kontrollen, dass diese Mindestlöhne auch tatsächlich, nicht nur am Papier, gezahlt werden, weil sonst die Verlockung groß ist für eine Vielzahl von kleineren Unternehmen, diese staatlichen Kombilohnmodelle so auszunutzen, dass man dann den Betroffenen weniger zahlt und nicht diesen Kombilohn aufsockelt an den betrieblichen Lohnanspruch. Ich meine, dass hier eine Möglichkeit wäre über einen Working Tax Credit, eine negative Einkommenssteuer, sicherzustellen, dass diese Lohndifferenz direkt den Betroffenen zugute kommt und nicht über den Umweg den Betrieb der Lohnkostenstützung funktioniert. Ich werde im Dezember nach Großbritannien mit einer kleinen Delegation vom Haus, um zu schauen, wie dieser Working Tax Credit, den es interessanterweise in Großbritannien, Kanada und USA gibt, in der Praxis funktioniert.

Frage

Das Ministerium heißt ja Soziales und Konsumentenschutz. Ich habe den Eindruck, dass der Konsumentenschutz hier sehr zu kurz gekommen ist, obwohl er aus meiner Sicht eine wesentlich größere Bedeutung hat, nämlich vor allem auch in der Frage der Preisgestaltung bei Lebensmitteln und dergleichen, ebenso wie in der Frage, wie kann man sich zur Wehr setzen. Jetzt haben wir in Brüssel eine Wettbewerbskommissarin, die nicht müde wird, die Konsumentenschützer aufs Tapet zu rufen und zu sagen, die Lösung für viele dieser Fragen, vor allem Beschäftigungspolitik und Preispolitik, liegt im Kartellrecht. Mir fällt auf, dass die Sozialdemokratie, die natürlich historisch schwer belastet ist, wenn man sich die Schriften der Sozialdemokratie durchliest, dann ist das alles Antikartellbeschränkungen, weil man die verstaatlichte Industrie im Auge hatte. Jetzt haben wir eine zerstörte staatliche Industrie, durchaus zu Recht. Jetzt ist die alte Frage des Monopolkapitals so sehr auf der Tagesordnung wie nur. Wenn man sich anschaut, was sich an Fusionen abgespielt hat, und keiner hat sich wirklich aufgeregt. Wäre es nicht wirklich interessant, auch von Österreich Einfluss auf Brüssel zu machen, um gerade im Bereich der europäischen Sozialdemokratie diese Frage viel stärker auf Tapet zu rufen und die Frage der Kontrolle der Kartelle wieder stärker in den Konsumentenschutz zu binden. Hier fällt mir auf, dass u.a. eines der größten Defizite ist, dass die Arbeiterkammer ausgeschieden ist als jene der Antrag stellenden Gruppen im Kartellverfahren. Sie sind zwar nach wie vor beteiligt. Aber in Wahrheit haben sie diese wichtige Funktion verloren, obwohl sich dort die gescheitesten Köpfe des Kartellrechts befunden haben. Nur ganz am Rande, es gibt kaum Sozialdemokraten, die vom Kartellrecht eine Ahnung haben, und das ist ein böses Zeichen. Die Frage ist, überläßt man das wirklich den Unternehmern? Soll es so sein, dass Rewe mit Spar sich über Kartellrecht unterhält und je nachdem, wie es ihnen gefällt, einmal einen Antrag macht, der

letztlich eigentlich nur zur Folge hat, dass man sich wieder in einer Kartellvereinbarung einigt, nach Prozessen? Oder soll es wirklich so sein, dass die Konsumenten hier mehr Kontrolle bekommen?

Frage

Sie haben erwähnt, dass die soziale Gerechtigkeit seit zehn Jahren schlechter geworden ist. Aber wir haben hier in Österreich eine starke Gewerkschaft. Sie hat hunderttausende Mitglieder. Das ist die stärkste soziale Organisation. Was haben sie gemacht oder warum haben sie nicht irgendetwas gemacht? Das ist eine große Frage. Leiharbeit. Ich finde das eine Schande. Sie steigt und steigt europaweit. In den 1980er Jahren hat man oft über die Arbeitszeitverkürzung gehört. Aber was wir heute hören ist Arbeitszeitflexibilität und Arbeitszeitverlängerung. Haben Sie ein Konzept für eine Arbeitszeitverkürzung?

Frage

Ich möchte gerne auf Ihren sozialpolitischen Befund zurückkommen. Sie sind ja die höchste sozialpolitische Instanz Österreichs. Sie haben ja Handlungsmöglichkeiten, wenn Sie auch vielleicht nicht Kompetenzen haben *expressis verbis*, aber Möglichkeiten, aufzurütteln oder Ideen ins Gespräch zu bringen. Die erste Überlegung von Ihnen, die ich aufgreifen möchte, zu den Veränderungen, zu den Verschlechterungen im Bereich der Verteilung zwischen Kapital und Arbeit. Ich frage mich, warum stehen Sie nicht auf und verlangen, dass eine Veränderung in der 25%igen Besteuerung der großen Konzerne sich wieder verändert in die Richtung vielleicht von 26% oder 27%? Hier hat man zu tief gegriffen. Die Unternehmen fahren Gewinne ein wie noch nie in den letzten zwanzig Jahren. Sie haben auch angesprochen den Abbau des Arbeitsschutzes, die Verschlechterung in den arbeitsrechtlichen Bedingungen. Da bin ich nicht Ihrer Meinung, dass die Flexicurity-Richtlinie eine Sicherheit bringt. Das ist eine krasse Verschlechterung des Arbeitsrechtsschutzes in Österreich. Und ich hätte mir schon erhofft, dass Sie nicht positiv zu dieser Richtlinie stehen, sondern sie kritisch versuchen eben auch in den Verhandlungen zu beeinflussen. Das ist leider nicht geschehen. Ich finde, dass da Begleitmaßnahmen notwendig sind, um hier vor allem auch allein stehende Frauen zu schützen. Wie soll eine allein stehende Mutter mit drei Kindern, eine Alleinerzieherin, hier diesem Flexicurity Gebot Rechnung tragen und einmal 80 Stunden in 7 Tagen arbeiten und dann im Freizeitausgleich ohne irgendeine Vergütung eine Woche vielleicht nicht arbeiten. Das kann keine Gerechtigkeit sein. Sie sprachen davon, dass wir keine Verlängerung oder Hinausschiebung des Pensionsalters in Österreich brauchen. Ich gebe Ihnen insofern Recht, als wir zum einen ja sowieso die Möglichkeit haben, durch den Korridor länger zu arbeiten, und das belohnt wird durch eine höhere Pension. Auf der anderen Seite haben wir nach wie vor Beschäftigungsquoten, die im Vergleich zu der Europäischen Union bei den über 55-Jährigen so eklatant niedrig sind, dass hier Maßnahmen gesetzt gehören. Und da frage ich mich, was haben Sie als Sozialminister vor, hier als Begleitmaßnahmen zu setzen? Das mag schon sein, dass das ein ausgesprochener Pfusch war, dass man versucht hat, über den Wegfall der Sozialversicherungsbeiträge bei älteren Arbeitskräften sie attraktiver zu machen, aber da fehlen ja ganz andere Begleitprogramme, nämlich sie fit zu halten für den Arbeitsplatz, sie zu schulen, den Firmen z.B. verpflichtend aufzuerlegen, nachdem sie sowieso so viele Gewinne einfahren, die älteren Arbeitskräfte zu schulen, an den Technologiefortschritt heranzuführen, und ihnen dadurch bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Ich glaube, dass auch hier sehr viel an Arbeit geleistet werden müsste von Seiten der Gewerkschaft, einmal das Recht auf Arbeit in den Vordergrund zu stellen bei den älteren Arbeitskräften und nicht die Aussicht auf möglichst bald in Pension zu gehen. Das würde ich mir wünschen, dass Sie vielleicht in dieser Richtung eine Stellungnahme abgeben und auch initiativ werden.

Erwin Buchinger

Dr. Zanger hat sicher Recht. Konsumentenschutz habe ich komplett ausgeblendet gehabt in meiner Darstellung. Warum? Vielleicht deshalb weil ich hier noch stärker als im Bereich der Sozialpolitik nur die Rolle des Mahners habe und überhaupt keine direkte legislative Kompetenz. Die liegt in allen anderen Ministerien, Justizministerium, Wirtschaftsministerium, Infrastrukturministerium und nicht im Sozialministerium. Da liegt nur die Konsumentebberatung und Information über die Förderung des

VKI und damit auch die Möglichkeit, Musterprozesse zu führen. Was man nicht vernachlässigen darf und ich auch nicht vernachlässige, ich versuche, in der praktischen Politik auch hier laufend aktiv zu sein mit mäßiger Aufmerksamkeit. Ich habe gestern eine Presseaussendung gemacht, die heute nur in den *Salzburger Nachrichten* war, wo ich genau auf diesen Punkt hingewiesen habe. Nach der Meldung übers Wochenende, dass in Bangla Desh sich die Unternehmen trotz eines abgeschlossenen Vertrages weigern, den monatlichen Mindestlohn von 18 Euro in der Textilindustrie zu zahlen, habe ich eine Aussendung gemacht, dass ich in den nächsten Wochen die Konsumenten auffordere, bei Peek und Cloppenburg, H und M immer nachzufragen, unter welchen Bedingungen das T-Shirt um 2,90 Euro oder der flotte Markenschuh denn produziert wird und dass hier eine Einhaltung dieser Mindestnormen aus Konsumentenschutzgründen gewünscht wird. Das ist relativ unsexy, das ist nicht wirklich eine Botschaft.

Zu Ihrer eigentlichen Frage Kartellrecht, Monopolkontrolle, ob das nicht der eigentliche Hebel wäre, um Marktmacht, Marktkonzentration und damit auch Machtmissbrauch hinanzuhalten. Ich tue mir schwer, darauf eine Antwort zu geben, weil ich persönlich noch zu wenig behirnt habe, ich mich auch in dem Bereich wenig auskenne. Was ich sagen kann ist, dass oft ein Misstrauen besteht, dass verstärkte Kartellkontrolle unter den derzeitigen Bedingungen der EU und auch die Politik der Wettbewerbskommissarin eher in die Richtung führt, die verbliebenen Reste von öffentlichem Eigentum damit zu kurieren im Bereich der Elektrizitätswirtschaft, im Bereich der Bahn und der Post, dass es als Hebel verwendet wird, um eine weitere Liberalisierung und Privatisierung hier zu befördern, und damit öffentliches Monopol durch private Oligopole zu ersetzen. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, wie denn wirklich die Möglichkeiten im Kartellrecht nutzbar zu machen sind. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es in den Vereinigten Staaten ein sehr scharfes Kartellrecht. Der Konzentrations- und Zentralisationsgrad des Kapitals ist in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich nicht geringer, vielleicht sogar höher als in Europa. Also ich habe hier keine abgeschlossene Meinung, kenne mich auch nicht besonders gut aus, daher nur einige Gedankenfetzen und nicht wirklich eine Antwort.

Starke Gewerkschaft. Österreich hat traditionell eine starke Gewerkschaft, eine hohe Organisationsdichte, auch gut geschulte Gewerkschaftsfunktionäre, einen guten Apparat. Wenn man den Gewerkschaften gerecht werden will, dann muss man sagen, dass sie in den letzten sechs, sieben Jahren der wichtigste Hort des Widerstandes gegen sozialpolitische Zumutungen der abgewählten Regierungen war. Erinnern Sie sich an die großen Demonstrationen gegen den „Pensionsraub“ im Jahr 2003. Es war vor allem der Widerstand der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, der dann zur Korrektur im Jahr 2004 geführt hat, wo einiges wieder ein bisschen milder gestaltet worden ist als im Pensionsrecht 2003. Die Gewerkschaften waren hier sehr bemüht. Die Kampfkraft insgesamt der Gewerkschaften hängt halt ab vom Organisationsgrad und von dem Ausmaß, wie sie glaubwürdig auch drohen können. Da hat es ja zwei Entwicklungen in Österreich gegeben, die diese Glaubwürdigkeit negativ beeinflusst haben. Zum einen die bekannten Geschichten um Bawag und die Folgen. Und zum zweiten darf man auch nicht übersehen, dass in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit gewerkschaftliche Kraft schwächer wird. Daher sind jetzt die Bedingungen für radikalere Forderungen, für mehr Durchsetzungsfähigkeit in Zeiten sinkender Arbeitslosigkeit und höheren Wirtschaftswachstums auch besser. Ich bin froh, dass es die Gewerkschaft in den letzten Jahren gegeben hat, bin froh, dass es sie jetzt gibt, und werde auch froh sein, wenn es in den kommenden Jahren starke Gewerkschaften gibt.

Beim Thema Leiharbeit bin ich nicht ganz Ihrer Meinung. Ich glaube, dass Leiharbeit in einer dynamischen Wirtschaft eine Berechtigung hat, um Arbeitsspitzen tatsächlich rasch abdecken zu können. Es hat sich auch bei der Leiharbeit in den letzten Jahren in Österreich viel verbessert. Der Markt ist professioneller geworden. Es gibt auch einen Kollektivvertrag seit ungefähr zwei Jahren, der okay ist. Was aus meiner Sicht nicht okay ist und was nur schwer in den Griff gebracht werden kann über Gesetzesregelungen, ist, dass natürlich diese Möglichkeit der Leiharbeit von vielen Unternehmen dazu verwendet wird, nicht nur dort wo es volkswirtschaftlicher und aus sozialer Sicht nicht schädlich

ist und sinnvoll sein kann, nämlich zur Spitzenabdeckung, darüber hinaus auch zum Ersatz von Stammpersonal zu verwenden. Ich kenne ganz konkret ein Unternehmen. Da habe ich heftig auch versucht dagegen zu wirken. In Salzburg gibt es einen ganz renommierten Industriebetrieb, der die gesamte Belegschaft außerhalb des akademischen Niveaus über Leiharbeit organisiert hat. Da wird natürlich dieser Gedanke der Leiharbeit pervertiert. Aber wie das normativ in den Griff bekommen werden kann, ist fast nur auf der betrieblichen Ebene wiederum über starke Gewerkschaften durchzusetzen.

Arbeitszeitverkürzung. Ich bin überzeugt davon, dass Arbeitszeitverkürzung auch in Österreich in den nächsten Jahren wieder ein aktuelles Thema sein wird, auch um das Vollbeschäftigungsziel zu erreichen. Auch wenn wir im letzten Jahr 3,2% Wirtschaftswachstum hatten, im heurigen Jahr wahrscheinlich 3%, im nächsten Jahr 2,5%, allein über wirtschaftliche Dynamik wird dieses Ziel Vollbeschäftigung nicht erreicht werden können aufgrund der Angebotsverhältnisse am Arbeitsmarkt, auch Ostöffnung dazu gedacht. Nur meine ich, dass diese Arbeitszeitverkürzung nicht – auch hier wieder eine Änderung gegenüber dem, was ich auch noch vor 20 Jahren vertreten habe -, eine simple 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sein kann und sein soll, sondern dass Arbeitszeitverkürzung in den nächsten Jahren intelligent verbunden werden muss mit Formen der Weiterbildung, also Bildungskontenmodell, Bildungskarenz. Da gibt es Ansätze in Österreich, aber viel zu schmalbrüstig. Das ist ausbaubar. Und so kann Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig auch in einen weiteren Produktivitätsschub umgesetzt werden. Nicht in dem Ausmaß, wie die Arbeitszeit verkürzt wird. Denn sonst wäre es wieder neutral in Bezug auf Arbeitsverteilung.

Körperschaftssteuer 25%, kann man theoretisch lange debattieren. Es ist sinnlos politisch. Die Körperschaftssteuer wird in Österreich nicht erhöht werden können. Das ist im europäischen Umfeld einfach ausgeschlossen. Es ist auch ausgeschlossen, dass sich die europäischen Wirtschafts- oder Finanzminister auf eine Harmonisierung der Körperschaftssteuersätze einigen würden. Das sind Illusionen, die der praktischen Politik nicht standhalten. Was möglich sein kann ist, dass diese 25% Körperschaftssteuer realistischer ermittelt werden, dass Privilegien, die es gibt bei Lagerbewertung oder in anderen Bereichen, geschlossen werden. Das hat international nicht so ein Aufsehen, als wenn der Körperschaftssteuersatz erhöht werden würde. Viel wichtiger aus meiner Sicht ist aber, dass jene Einkommenszuwächse, die derzeit nicht besteuert werden, der Besteuerung mitunterzogen werden. Ich habe seit Beginn meiner Funktion gekämpft und immer wieder in der Partei, aber auch in der Öffentlichkeit für eine Vermögenssteuer. Und ich freue mich sehr, dass beim letzten Parteipräsidium der SPÖ in Stadtschlaining Anfang August eine Vermögenszuwachssteuer als Programm der Sozialdemokratie für die Lohn- und Einkommenssteuerreform 2010 beschlossen worden ist. Ich kann jetzt demagogisch werden und sagen, wenn der Herr Fries und seine Gruppe 800 Millionen Euro aus dem Verkauf von Böhler-Uddeholm erlöst haben, so sei ihm das vergönnt, aber wenn jeder Beschäftigte mit Sozialversicherung und Lohnsteuer auf 50% netto bestenfalls kommt, dann könnte man auch erwarten, dass derartig hohe Gewinne, Erträge aus guter Veranlagung des Kapitals auch einer Steuer unterzogen werden. Aus meiner Sicht sollte hier die Kest auch angewendet werden mit 25%. Spielraum gibt es nach meiner Überzeugung auch beim Stiftungsrecht. Spielraum gibt es bei der Bewertung von Liegenschaften, bei den Einkommenswerten. Da ist mehr zu holen, als einen sinnlosen Kampf um eine formale Erhöhung der Körperschaftssteuer zu führen.

Flexicurity war noch. Ich habe nicht gemeint die Richtlinie der Kommission zu Flexicurity. Die halte ich nicht nur für ungenügend und schlecht, sondern ich bin auch dabei, sie zu bekämpfen. Ich war vor zwei Wochen in Portugal bei einer Konferenz von EU Sozial- und Beschäftigungsministern, wo wir eine verbesserte Position entwickelt haben, wo wir auch das Parlament unterstützen, gegen die Kommission zu Verbesserungen zu kommen. Die Richtlinie sagt, so viel Flexibilität wie möglich, so viel Security wie notwendig. Ich meine, die Erhöhung der Flexibilität muss Hand in Hand gehen auch mit einer Ausweitung von Security, und das kann sich wechselseitig stärken. Es muss nicht das eine zu Lasten des anderen gehen. Da dürften wir durchaus eine ähnliche Position haben. Ich bin auch

zuversichtlich, dass diese Richtlinie, die im Dezember verabschiedet werden soll beim Rat der Beschäftigungs- und Sozialminister, bis dorthin auch in diese Richtung verändert wird.

Ich bekenne mich weiter dazu, dass aktuell das Pensionsantrittsalter nicht erhöht werden muss, auch nicht erhöht werden soll. Ich könnte jetzt lange dazu sprechen, tue es aber nicht. Ich sage nur den einen Satz. Es geht nicht um eine formale Erhöhung des Pensionsantrittsalters, der keine entsprechenden Beschäftigungschancen für 60-, 65-Jährige gegenüberstehen. Denn es würde nur zu einer Erhöhung der Verweildauer in Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe führen. Es geht tatsächlich darum, die realen Beschäftigungsmöglichkeiten für 55- bis 65-Jährige zu erhöhen. Das kann nur funktionieren in einem Mix aus Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz, dass Arbeitskraft nicht so schnell verschleißt, wie es derzeit der Fall ist, absehbar bei den Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen, gleichzeitig mit Incentives für Unternehmen, die ältere Arbeitskräfte einstellen. Da gibt es bewährte Modelle. Wenn das nicht ausreichend ist, muss man auch die Rute ins Fenster stellen. Ich denke jetzt nicht an Einstellungsquoten. Das macht keinen Sinn. Aber es gibt bewährte Modelle von Differenzierung der Sozialversicherungsbeiträge, je nachdem ob man ältere Arbeitskräfte eingestellt hat oder nicht eingestellt hat, und auch arbeitnehmerseitig muss man ein stärkeres Bewusstsein dafür stützen, dass ein längeres Arbeiten unter guten gesundheitlichen Bedingungen, unter guten Bedingungen von Arbeitnehmerschutz gesellschaftlich anzustreben ist, und dass nicht der rascheste Weg in die Pension gesellschaftlich der sinnvollste sein kann, wenngleich es individuell oftmals verständlich ist. Die Begleitmaßnahmen sind derzeit viel zu schmalbrüstig, zu wenig ausgeprägt. In jedem Bericht zum Lissabon Prozess, der für Österreich bis 2010 eine Beschäftigungsquote der 55 bis 64-Jährigen von 50% fest schreibt, wird das immer wieder repariert. Tatsächliche Maßnahmen zur Zielerreichung gibt es kaum. Die Quote ist in den letzten Jahren pro Jahr um 1% gestiegen. Wir liegen derzeit bei knapp 35%. Das Ziel ist völlig außerhalb der Reichweite. Aber Maßnahmen zur Zielerreichung müssten in den nächsten Jahren verstärkt gesetzt werden. Es gibt ein Sozialpartnerpaket, das derzeit in Verhandlung ist, das einiges in diese Richtung vorschlägt, aber immer noch ungenügend.

Frage

Ich möchte was sagen zur Unzufriedenheit. Mir kommt die Diskussion echt viel zu kalmierend vor. Ich werde demnächst 55. Ich soll eigentlich schon abgebaut werden, habe aber überhaupt kein Interesse daran. Nur die Gesellschaft signalisiert mir jeden Tag, sie braucht mich nicht mehr, bzw. Akademiker, Intellektuelle, Künstler, auch so genannte Ich-AGs in meiner Altersgruppe. Ich habe eine Freundin, die ist eine verdiente Künstlerin, ist jetzt an die 70 und hat eine Pension und kann sich noch glücklich schätzen, dass sie überhaupt eine hat, von 460 Euro. Sie ist aber keine Ausnahme. Viele haben überhaupt keine Ansprüche. Wir sind ja in Wien Opfer dieser katastrophalen neoliberalen so genannten Reformen, Theaterreform etc., wo eigentlich nichts weiter getan wird, als der Generation von Frauen über 40 zu sagen, wir brauchen euch nicht mehr. Es finden zwei oder drei Dinge gleichzeitig statt. Alter ist schon absurd. Ich empfinde mich überhaupt nicht als alt, aber ich gelte in der Gesellschaft jetzt als ältere Frau, die froh sein kann, wenn sie überhaupt noch künstlerische Arbeit leisten darf in diesem Land. Hier wird Wissen vernichtet. Ich habe drei akademische Grade. Ich habe einen Arbeitslosenbezug von 921 Euro, und den muss ich besteuern, weil ich bestraft dafür werde, dass ich ihm Jahr zwischendurch immer wieder angestellt bin. Wenn ich immer arbeitslos wäre, wäre meine Arbeitslose nicht zu besteuern. Von dem Geld kann natürlich kein Mensch leben. Jetzt betreue ich noch dazu eine Gruppe von anderen Menschen, d.h. ich bin arbeitslose Arbeitgeberin. Ich bin aber wirklich ein absolut typischer Fall. Von Unzufriedenheit kann man hier nicht reden. Das ist eine katastrophale Situation an der Basis. Die meisten Menschen zwischen 40 und 55 sind völlig unzufrieden mit der Politik. Sie wenden sich von dieser Partei, die Sie repräsentieren, ab. Sie wenden sich mittlerweile auch von der Grünen Partei ab als Sammelbecken der unzufriedenen Ex-Sozialdemokraten. Viele schauen nach Deutschland und wünschen sich eine neue Linke. Zu Recht. Und die wird auch kommen in Österreich. Die Frage ist, wie wird Ihre Partei mit dieser gesamten Vordenkerschicht umgehen, denen gesagt wird, euer Wissen ist hier unerwünscht, wir haben auch keine Idee, wo wir euch einsetzen könnten. Ich arbeite mit Migrantinnen. Es wäre doch möglich,

Künstlerinnen in der Integrations- und Migrationsarbeit tätig werden zu lassen. Es wäre sinnvoller als die Mama-Deutsch-Kurse, die alle scheitern meiner Information nach. Da gehören ganz neue Denkrichtungen und Strukturen rein. Das muss ich leider sagen.

Frage

Ich habe eine Bitte an Sie. Es ist schön, dass Sie für höhere Löhne eintreten und für höhere Pensionen. Aber bringen Sie den jungen Leuten auch bei, mit dem Geld umzugehen. Wenn Sie sich um das Mehr dann drei, vier Krügerln pro Tag kaufen oder zwei, drei Packerln Tschick, dann ist die Lohnerhöhung sinnlos. Sie wissen ja, der Begründer der SPÖ vor mehr als hundert Jahren, ein gewisser Viktor Adler, hat ja gesagt, der trinkende Arbeiter denkt nicht und der denkende Arbeiter trinkt nicht. Ich möchte Sie bitten, machen Sie auf dem Gebiet was bei den Jungen, damit sie wissen, was der Viktor Adler gesagt hat, weil die, die bei der Partei mitarbeiten, wissen gar nicht, wer der Viktor Adler war. Das ist aber bei den Schwarzen nicht viel anders. Es sind dort Leute, die haben nicht gewusst, wer der Dr. Karl Lueger war, obwohl sie dort fleißig mitarbeiten. Herr Minister, noch eine Kleinigkeit. Ich habe erst gestern einen Brief gekriegt von den Wiener Linien. Ich habe nämlich die Bitte ausgesprochen, und das mache ich seit vielen Jahren, dass für ältere Leute bessere Sitzgelegenheiten geschaffen werden, und wenn man über die Stiegen geht, dass man sich besser anhalten kann. Die haben gesagt, es geht nicht, dass wir mehr Sitzgelegenheiten bei den Wiener Linien anbringen, weil sonst setzen sich die Obdachlosen dort hin.

Frage

Ich danke dir, dass du seit Dallinger in einer unserer Sitzungen dieses Jahr beim Opferfürsorgeausschuss teilgenommen hast. Das wurde dir sehr gut angeschrieben in unserer Kommission. Es geht hier um die Opfer des Nationalsozialismus. Öfter wird auch die Bitte an uns herangetragen, eine Gleichstellung des Opferfürsorgeausweises mit der Amtsbescheinigung zu machen. Sie wissen, dass Leute nur in den Genuss einer Rente kommen können, die die Amtsbescheinigung haben, wer den Opferaussweis hat, nicht. Er muss aber auch ein dementsprechend niedriges Einkommen haben, um auch diese niedrige Pension zu erreichen. Ich würde dich bitten, bei dir im Ministerium anlässlich 70 Jahre Einmarsch der Hitler-Truppen auch hier in der Regierung dich durchsetzen zu können auch vielleicht gegen einen gewissen Widerstand, auch den wenigen Menschen, die heute noch leben, diesen „Genuss“ zukommen zu lassen. Über alles andere ist ja schon gesprochen worden. Du hast einmal in den Medien auch gesagt, zuerst muss man für die 60-Jährigen Arbeitsplätze schaffen, um sie auch zu beschäftigen. Sie werden ja nur bestraft, früher in die Pension zu gehen, um eine niedrige Pension zu erhalten. Ich bin im öffentlichen Dienst gewesen. Ich habe meine 45 Jahre heruntergearbeitet. Ich bin froh, dass ich das erreicht habe und auch den Genuss einer Pension habe. Aber viele stehen noch davor. Wie die Dame hier gesagt hat, und ich kenne es aus meiner Praxis, ich hätte sollen eigentlich ein Pfarrer werden in der letzten Zeit, denn so viel Trost, den ich den Menschen zusprechen muss, wenn sie mich anrufen und sagen, sie haben kein Warmwasser, sie können die Miete nicht mehr bezahlen. Was sage ich ihnen? Ich habe kein Geld. Alle anderen Einrichtungen, die der Staat schon zur Verfügung gestellt hat, haben sie schon ausgeschöpft. Die Großfamilien gibt es nicht mehr. Diese Großfamilien waren früher ein sozialer Rückhalt.

Erwin Buchinger

Die Kollegin, die über die schwierige Situation als Künstlerin berichtet hat. Es ist tatsächlich so, dass ältere Arbeitnehmer unabhängig von ihren Branchen, ja eigentlich unabhängig von der Qualifikation dieser Erfahrung ausgesetzt sind, nicht gebraucht zu werden. Ich bin selber fast 52. Wenn die Politik einmal vorbei ist und wenn ich auf den allgemeinen Arbeitsmarkt angewiesen wäre, hilft mir nur, dass ich öffentlich Bediensteter bin und daher das Rückkehrrecht habe. Auf dem Arbeitsmarkt mich dann bewegen zu müssen, wäre sicher auch schwer. Ich glaube nicht, dass man generell berufsspezifisch angehen kann und lösen kann, sondern dass diese Frage der Beschäftigung und der Chancen für ältere Arbeitskräfte ein Bündel von Maßnahmen erfordert, zum einen in der Einstellung der Unternehmen, zum zweiten im Bereich der Förderung von Unternehmen, möglicherweise auch Verpflichtung für Unternehmen etwa über höhere Sozialversicherungsbeiträge, und dass die Möglichkeit vor allem

geschaffen werden muss, frühzeitig Weiterbildung, Qualifizierung in den Unternehmen nicht bei 35-Jährigen oder spätestens bei 40-Jährigen beendet, sondern über die gesamte Beschäftigungsdauer Investitionen in die Bildung der Mitarbeiter auch noch vornimmt. Ansonsten wird es nicht möglich sein, diese Beschäftigungsquote von 50% zu erreichen und entsprechend einer steigenden Lebenserwartung auch die Beschäftigung und das Pensionsantrittsalter zu erhöhen.

Spezifisch, was für Künstlerinnen und Künstler gemacht werden kann. Im Regierungsübereinkommen haben wir drinnen eine Reform der Künstlersozialversicherung. Das Justizministerium, das Bildungsministerium und das Sozialministerium sind gerade dabei, den Entwurf auszuarbeiten. Ich hoffe, dass er einige Ihrer Erwartungen und Ansprüche erfüllt. Das Problem ist natürlich auch hier die Finanzierung, weil das Pensionssystem ja darauf aufbaut, dass Pensionsleistungen auch Beitragszahlungen gegenüberstehen. Das ist letztlich eine gesellschaftliche Entscheidung. Was ist der Gesellschaft wert die Sozialversicherung von Künstlern und Künstlerinnen? Da werden Sie wahrscheinlich noch öfter und lautstark Ihre Stimme erheben müssen, dass das richtige Gewicht auch bekommt.

Verantwortliche Konsumenten, Konsumenteninformation, Konsumentenbildung steht auf der Agenda als Konsumentenschutzminister, auch das von dir angesprochene Ziel des verantwortungsvollen Umgangs mit Einkommen, mit Geld. Da gibt es Projekte, die wir im Konsumentenschutzministerium fördern, einen Finanzführerschein beispielsweise. So leisten wir auch in dem Bereich Beiträge. Dass die Frau Gesundheitsministerin im Bereich von Alkoholmissbrauch und Nikotinmissbrauch noch schärfer vorgehen sollte, als was sie jetzt plant, ist gerade in heftiger politischer Diskussion. Wir als Sozialdemokraten sagen ihr in unterschiedlicher Zusammensetzung fast täglich, dass weder das Tabakgesetz noch die bisherigen Maßnahmen gegen das „Komasaufen“ wirklich einen Effekt zeigen werden. Da erwarten wir noch wirksamere Maßnahmen. Da gibt es in anderen europäischen Ländern durchaus Vorbilder.

Zu Rudi Sarközy. Das ist eine gute Anregung, im April 2008 aus Anlass des 70. Jahrestages des Einmarsches der Nazitruppen hier entsprechende Signale zu setzen, die für die Betroffenen als weitere Genugtuung auch wirksam werden können. Das hat es bislang bei fast jedem Gedenktag und Jubiläum gegeben, dass Sondermaßnahmen gesetzt worden sind. Sie erinnern sich wahrscheinlich, von der abgewählten Regierung waren das halt oftmals Maßnahmen, Trümmerfrauen. Zuletzt wurde auch eine gewisse ideologische Stoßrichtung erkennbar. Es stünde wahrscheinlich einer sozialdemokratisch geführten Regierung gut an, hier ein Signal in die von dir angeführte Richtung zu setzen. Ich habe den Auftrag vom Herrn Bundeskanzler, mit den Opferverbänden hier Vorschläge zu entwickeln. Wir haben bisher eine Erhöhung des Steuerfreibetrages nach dem Opferfürsorgegesetz. Ich werde das gerne überdenken und vielleicht als weiteren Vorschlag in die Liste aufnehmen. Versprechen kann ich das jetzt nicht, aber ich werde es von den Mitarbeitern prüfen lassen.

Frage

Ich bin 30 Jahre alt. Meine Pension ist noch ferne. Aber trotzdem mache ich mir meine Gedanken, wie die aussehen wird. Die Diskussion in der Öffentlichkeit führt mich zu kurzfristigem, zu mittelfristigem Denken. Die langfristigen Prognosen sagen ja, wenn man sich die demografischen Entwicklungen anschaut, 2030 wird es so weit sein, dass mehr als 50% der Bevölkerung über 60 alt sind und dass durchschnittlich in Europa zwei Pensionisten auf einen Erwerbstätigen kommen. Die Prognosen bringen mich dazu, dass ich mir denke, wie soll das ganze Pensionssystem, Umlagesystem noch weiterhin funktionieren. Gibt es konkrete Projekte in der Regierung? Wie sehen Ideen aus, die vielleicht über die vier Jahre Ihrer Regierungszeit hinausgehen? Gibt es langfristige Projekte, langfristige Ideen? Vorhin ist auch angesprochen worden die internationale Solidarisierung. Bildung ist sehr wichtig. Das ist wahrscheinlich auch der Schlüssel, um Arbeitslosigkeit und Probleme in den Griff zu kriegen und die Zukunft zu gestalten. Gibt es internationale Projekte oder gibt es eine gewisse internationale Solidarisierung im Bereich Europa oder weltweit, die von Ihrem Ressort ausgehen?

Erwin Buchinger

Nein, die gibt es nicht. Pensionsrecht wird über viele Jahre, Jahrzehnte noch nationales Recht bleiben. Es ist nicht absehbar, dass es hier mittel- oder langfristig zu einer europaweiten Harmonisierung oder gar europarechtlichen Kompetenz kommt. Ich habe morgen ein Interview mit der APA, wo ich die Ergebnisse vorlege, die die Nachhaltigkeitskommission, die nach 108 ASVG eingerichtet ist, mir morgen präsentieren wird. Die hat nämlich den gesetzlichen Auftrag, alle drei Jahre eine Pensionslastberechnung, Entwicklung der Pensionskosten als Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes vorzulegen bis 2050. Die letzte Rechnung, die mir vorliegt, ist drei Jahre alt. Die neue, die ich morgen bekomme, hat nur ganz geringfügige Änderungen. Die entscheidende Aussage dieser Prognoserechnung bis 2050 auf dem Boden der bestehenden wissenschaftlichen Erkenntnisse ist, dass bis zum Jahr 2030 die Kosten des Pensionssystems gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt zunehmen werden um mehr als einen Prozentpunkt und ab 2030 wieder zurückgehen werden bis 2050 auf einen Wert unter den Ausgangswert von 2005. Das heißt, die langfristige Sicherung der Pensionen ist gegeben nach diesem Prognosemodell, das auf gutem wissenschaftlichen Niveau die Faktoren berücksichtigen wie Produktivitätsentwicklung, Migrationsentwicklung, demografische Entwicklung, Anfallsalter, Pensionsbeitragshöhe, so dass von diesen empirischen Ergebnissen und den Projektionen auf die nächsten 43 Jahre keine Besorgnis auch für Sie als 30-Jährigen erwachsen muss, dass nicht auch Sie in 35, 40 Jahren eine Pension erhalten können, die den jetzigen Regeln der Pensionsberechnung nach dem Pensionskonto folgt. Das ist der empirische Befund, der durch diese Szenarien wirklich gut abgesichert ist.

Max Koch

Dann danke ich dem Herrn Bundesminister. Es gibt noch viel zu tun. Es wird auch noch viel diskutiert werden müssen. In einem Jahr werden wir uns wahrscheinlich wieder sehen und weiter diskutieren. Ich danke den Gastgebern und wünsche einen guten Abend.